



Die EVP setzt Akzente in der Bildungspolitik – mit engagierten Lehrkräften sowie Präsidenten und Mitgliedern von Schulpflegen

Bildung – ein Kernthema der EVP



EVP-Klausur zum Thema Bildung

■ JOHANNES ZOLLINGER, WÄDENSWIL,
HANSPETER HUGENTOBLER, PFÄFFIKON,
EVP-KANTONS RÄTE

Alljährlich treffen sich die Kader der EVP Kanton Zürich an einer Klausur-Tagung. 2016 war sie der Bildung gewidmet.

Das Zürcher Volksschulgesetz fordert die Erziehung zu einem Verhalten, das sich an christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen orientiert. Die Schule soll die Achtung vor Mitmenschen und Umwelt fördern, zudem auch Verantwortungswillen, Leistungsbereitschaft, Urteils- und Kritikvermögen sowie Dialogfähigkeit. Ein sehr hoher Anspruch in einer Gesellschaft, in der alle mitreden wollen.

Für Lehrerinnen und Lehrer ist es in unserer individualistischen Gesellschaft immer schwieriger, den Erziehungsauftrag wahrzunehmen. Vor Jahren wurde nur auf der Oberstufe von Disziplinarproblemen gesprochen, heute treten sie zunehmend auch in den Primarstufen auf. Selbst der Kindergarten ist davon betroffen. Tröstlich ist, dass früher keineswegs alles besser war.

Von der Schule darf allerdings nicht erwartet werden, dass sie alle Kinder zu genial funktionierenden, global-wirtschaftstauglich-zertifizierten Einheitsmenschen macht. Sie soll aber dazu beitragen, dass die Starken lernen, auf die Schwachen Rücksicht zu nehmen, und dass die Schwachen motiviert werden, ihre Stärken zu entdecken. Die Schule ist denn auch ein gutes

Übungsfeld zur Förderung von sozialer Kompetenz. Umgeben von Kindern, die anders sind, können lebensnahe Spielregeln miteinander geübt werden: Respektvoll miteinander umgehen, Rücksicht nehmen auf Menschen mit anderen Meinungen, eine Streitkultur entwickeln, die helfen kann, Konflikte auszutragen und zu bewältigen.

«Die EVP bemüht sich, gute Rahmenbedingungen für die Schule zu schaffen.»

Die Schule braucht dazu die Unterstützung der Gesellschaft und damit auch der Politik. Die EVP bemüht sich denn auch immer wieder, gute Rahmenbedingungen für die Schule zu schaffen – anders als gewisse Parteien, die in

der Bildung nur Sparpotenzial sehen. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.

Kinder müssen stärkenorientiert gefördert werden, aber sie müssen auch lernen, mit ihren Schwächen zu leben und physische und psychische Grenzen zu akzeptieren. Spätestens nach der Schule werden sie feststellen, dass an der Spitze der Pyramide nicht alle Platz haben. Sie werden aber vielleicht auch mit Freude und Genugtuung erkennen, dass alle zu einer starken Gesellschaft beitragen können. Dafür brauchen die Kinder allerdings auch ausserhalb der Schule Vorbilder. Gefordert sind nicht zuletzt die Eltern. Auch sie brauchen gute Rahmenbedingungen.

EDITORIAL



Tobias Mani
EVP Wädenswil

Liebe Leserin, lieber Leser

Meine Frau Tabea und ich sind dankbar, dass wir ohne Fremdbetreuung für unsere 4 Kinder auskommen – dies auch dank der Hilfe der Grosseltern, die in unserer Nähe wohnen. Unser Familienmodell findet grossen Rückhalt in der EVP. Sie setzt sich für gute Rahmenbedingungen ein, die die Eigenbetreuung fördern. Dazu gehören z.B. höhere Familienzulagen, die Verbilligung der Krankenkassenprämien der Kinder und der Elternurlaub nach Geburt eines Kindes. Dies ist einer der Gründe, warum ich Mitglied der EVP bin. Viele Eltern sind allerdings auf gute familienergänzende Angebote angewiesen. Ich bin dankbar, dass es zu all diesen Themen auch die Stimme der EVP gibt. Danke, dass Sie uns helfen, diese Stimme zu stärken.



Ja zur VI «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»

Gute familienergänzende Betreuung der Kinder zahlt sich aus



Kitas kommen auch der Wirtschaft zugute – das rechtfertigt einen obligatorischen Arbeitgeberbeitrag



Claudia Rabelbauer
Präsidentin der EVP
der Stadt Zürich

Angebote zur familienergänzenden Betreuung und von Tagesstrukturen für Kinder im Vorschul- und Schulalter werden immer wichtiger. Die von den Eltern geforderten Beiträge sind jedoch sehr hoch – zu hoch. Mit der kantonalen Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» sollen die Elternbeiträge gesenkt werden.

Da nur eine Minderheit der Familien auf Grosseltern oder andere Betreuungspersonen zurückgreifen kann, wenn die Eltern berufstätig sind, leisten die Kindertagesstätten (Kitas) einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Kinder. Ganz besonders gilt dies für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, welche in den Kitas sprachlich sowie hinsichtlich ihrer Selbst- und Sozialkompetenz entscheidend gefördert werden. Diese Förderung ist allerdings auch kostspielig, stellt sie doch hohe Anforderungen an das Personal der Kitas.

Ein Platz in einer Kindertagesstätte (Kita) kostet für 2 Tage pro Woche monatlich rund 1000 Franken. Das entspricht ungefähr dem Verdienst, der von den Eltern mit einem 40%-Pensum im Niedriglohnbereich erzielt werden kann. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich offensichtlich so nicht erzielen. Die meisten Zürcher Gemeinden kennen zwar einkommens-

und vermögensabhängige Elternbeiträge, doch sind auch diese Beiträge für viele Eltern noch zu hoch. Dazu kommt, dass das Angebot an Kitas in den letzten Jahren zwar erheblich gewachsen ist, doch bestehen sehr grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden.

Mit der Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» wird die Finanzierung der Kitas entscheidend verbessert. Vorgesehen ist ein Betreuungsfonds, der mit Arbeitgeberbeiträgen finanziert wird. Aus diesem Fonds können Starthilfebeiträge an Kitas ausgerichtet werden, es können die Elternbeiträge reduziert werden, indem die Gemeindebeiträge an die Kitas mitfinanziert werden und Ausbildungsbeiträge für das Betreuungspersonal ausgerichtet werden.

«In den Kitas werden besonders Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sprachlich sowie hinsichtlich ihrer Selbst- und Sozialkompetenz entscheidend gefördert»

Es trifft zwar zu, dass eine Erhöhung der Lohnnebenkosten bei den Arbeitgebern wenig Begeisterung weckt. Aufgeschlossene Arbeitgeber erbringen jedoch jetzt schon freiwillig erhebliche Leistungen zugunsten ihres Personals, das mit Elternpflichten belastet ist. Arbeitgeber, die freiwillig Leistungen für familienergänzende

IN KÜRZE

Wechsel in Gemeindeparlamenten. In Illnau-Effretikon übernimmt **David Zimmermann** für Tanja Bischof, in Wädenswil folgt **Gabi Bachmann** auf Rahel Sonderegger-Hunziker und in Kloten folgt **Tanja Woodhatch** auf Suzanne Rieder.

Walter Kienast ist nach 42 Jahren im Einsatz aus dem **Vorstand der EVP-Winterthur zurückgetreten**. Er wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Zur ersten Frau im **Präsidium der EVP Dietikon** wurde Gemeinderätin **Christiane Ilg-Lutz** gewählt. Sie übernimmt die Nachfolge von Thomas Wirth.

In Unterstammheim **tritt Martin Schwager** Ende September aus beruflichen Gründen **als Gemeindepräsident zurück**. Er war 8 Jahre RPK-Präsident, bevor er als Gemeindepräsident gewählt wurde. Nach insgesamt 18 aktiven Amtsjahren verlässt er die politische Arbeit.

Die EVP spricht sich in einer Vernehmlassung für das Gesamtprojekt Tramverbindung und Strassentunnel **Rosengarten** aus.

Nik Gugger, Kantonsrat, Winterthur, produziert in Zusammenarbeit mit Swiss Mountain **Händ-Bägs, Rucksäcke, Postiwägeli, Einkaufs- und Laptopaschen** aus Blachen mit dem EVP-Design. Interessenten können sich bei ihm melden (info@nikgugger.ch).



Betreuung erbringen, können deshalb deren Kosten von ihrem Beitrag an den Betreuungsfonds abziehen. Diejenigen, die dies nicht tun, werden zur Solidarität verpflichtet. Dies rechtfertigt sich angesichts der Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade auch für die Wirtschaft selber.

Es freut mich sehr, dass die EVP als familienfreundliche Partei die Initiative unterstützt. An der Delegiertenversammlung wurde die Initiative kontradiktorisch behandelt. Mit der JA-Parole, die mit 31 Ja zu 20 Nein beschlossen wurde, bestätigte die EVP ihre Familienfreundlichkeit.

Nein zur Volksinitiative «AHVplus»

Höhere Renten sind nicht bezahlbar



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Die Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» verlangt eine generelle Erhöhung der AHV-Renten um 10%. Dies verursacht jährliche Mehrkosten von 5 Milliarden Franken. Über die Finanzierung dieses gewaltigen Betrages verliert die Initiative kein Wort. Zudem ist mit den bedarfsgerecht ausbezahlten Ergänzungsleistungen das Grundanliegen der Initiative bereits erfüllt. Die EVP lehnt sie als nicht enkeltauglich ab.

Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die AHV-Rente den Existenzbedarf angemessen decken soll. Da dies selbst mit den heutigen Maximalrenten von CHF 2340 für Einzelpersonen und von CHF 3365 für Ehepaare kaum möglich ist, besteht ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Damit wird das Existenzminimum gedeckt, wenn keine Mittel aus der 2. Säule (Pensionskasse) und aus Erspartem (3. Säule) vorhanden sind. So wird die berechtigte Forderung der Volksinitiative auch ohne 10%-Plus erfüllt. Mit CHF 234 pro Monat mehr im Portemonnaie lässt sich das Problem der Alterssicherung für die Wenigsten lösen, dafür werden Milliarden ausgerichtet für gut Versicherte, die nicht darauf angewiesen sind.

Die AHV-Initiative begünstigt nicht nur die Faltschen, sondern gefährdet unsere Altersvorsorge. Bei der Finanzierung der AHV besteht bis 2030 infolge gestiegener Lebenserwartung bereits eine Lücke von 8 Milliarden Franken. Unseren Kindern und Enkelkindern würde mit AHVplus eine zusätzliche Finanzierungslast von weiteren 5 Milliarden aufgebürdet, die sie mit ihrer Erwerbsarbeit tragen müssten. Eine generationenverträgliche Reform sieht anders aus! Es braucht eine Gesamtreform der Altersvorsorge und nicht eine pauschale Rentenerhöhung. Mit nur 18 Ja zu 56 Nein hat die EVP-Delegiertenversammlung die Initiative deutlich verworfen.

Ja zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»

Nichts tun geht nicht mehr



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Die Volksinitiative (VI) «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» kommt ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Das ist bedauerlich. Da so wenig Engagement angesichts von Klimawandel und Raubbau an der Natur nicht zu verantworten ist, unterstützt die EVP die VI «Grüne Wirtschaft».

Der Bundesrat hat – anders als der Nationalrat – erkannt, dass unsere Gesellschaft Raubbau an der Natur übt und deshalb Handlungsbedarf besteht im Umweltschutz. Wir können

es uns auf die Dauer schlicht nicht leisten fast dreimal so viel Rohstoffe und Energie zu verbrauchen als die Erde hergibt. Man spricht in diesem Zusammenhang vom ökologischen Fussabdruck, der im Gleichgewichtszustand bei einer Erde liegt, aktuell aber fast 3 Erden beträgt. Wir verbrauchen also das Dreifache an natürlichen Ressourcen als die Natur hergibt. Der Gegenvorschlag des Bundesrates zur Initiative war deshalb auf eine effizientere Nutzung der natürlichen Ressourcen ausgerichtet und zudem praxistauglich ausgestaltet.

Der Nationalrat hat die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Umweltschutzgesetzes bachab geschickt, um der Wirtschaft möglichst keine Auflagen aufzubürden. Der energetische Umbau braucht aber Schub, deshalb bleibt nur ein Ja zur Initiative. Die-

se enthält neben den hochgesteckten Zielen durchaus brauchbare Ansätze zur Lösung des Problems. Dazu gehören insbesondere positive steuerliche Anreize für ein umweltgerechtes Verhalten sowie haushaltneutrale Lenkungsabgaben auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen. Angesichts dieser realistischen Massnahmen darf die Vision, bis zum Jahr 2050 den ökologischen Fussabdruck der Schweiz so zu reduzieren, «dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet», nicht von der Unterstützung der Initiative abhalten. Es ist besser, sich auf dieses Ziel hinzubewegen als stillzustehen. Die EVP setzt sich seit jeher für die Bewahrung der Schöpfung ein. Das verlangt einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Mit 67 Ja zu 10 Nein hat die EVP Schweiz deshalb die JA-Parole ausgegeben.

ANZEIGE



CVJM ZENTRUM HASLIBERG

Familienferien
Gruppenaufenthalte
Seminare

www.cvjm-zentrum.ch
+41 (0)33 972 10 50



Berggenuss schon
ab CHF 98.00 pro
Person / Nacht mit
Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

inclusive

silserhof

7515 Sils-Baselgia (Engadin)

vcf HOTELS
Verband Christlicher Privats

Das Eherecht ist Bundessache

EVP-Kantonsratsfraktion lehnt Initiative für einen kantonalen Ehebegriff ab



Walter Meier
EVP-Kantonsrat,
Uster

Die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau festschreiben: Eine Initiative will das in der Zürcher Kantonsverfassung tun. Die EVP-Kantonsräte winken ab: Das gehört nicht in eine Kantonsverfassung. In jedem Kanton ein anderer Ehebegriff macht keinen Sinn. Allein der Bund regelt das Zivilrecht.

Es liegt nahe: Mit ihrer Werthaltung unterstützt die EVP das Grundanliegen der kantonalen Volksinitiative «Schutz der Ehe». Diese will die Ehe als «Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» in der Zürcher Kantonsverfassung verankern. Doch auf welche staatliche Ebene gehört das Anliegen? Aus EVP-Sicht stellen sich vor allem zwei Fragen:

1. Verdient die Ehe-Definition der Initianten Unterstützung? Die allermeisten EVP-Mitglieder dürften dahinter stehen. Unsere Gesellschaft gründet auf christlichen Werten; die Ehe von Mann und Frau ist einer davon.
2. Ist es richtig, diesen Ehe-Begriff in der Zürcher Verfassung zu verankern? «Nein» hat die EVP-Fraktion im Kantonsrat gesagt. Die Ehe wird im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) geregelt. Vielleicht gehört sie noch in die Bundesverfassung. Doch das Gesetz genügt.

Man stelle sich vor, jeder Kanton regelt die Ehe auf seine Weise in seiner Verfassung: Das käme chaotisch heraus. Müsste ich etwa neu heiraten, wenn ich umziehe? Oder mich scheiden lassen, weil der Ehe-Begriff des neuen Kantons meiner Lage widerspricht? Diese Vorstellung ist



Die Ehe für Mann und Frau muss im Bundesrecht geschützt werden und nicht individuell auf kantonaler Ebene

doch absurd. Fazit ist daher: Die Volksinitiative ist aus formalen Gründen abzulehnen, denn sie widerspricht dem Bundesrecht. In der Zürcher Kantonsverfassung hat das Eherecht nichts zu suchen.

«Man stelle sich vor, jeder Kanton regelt die Ehe auf seine Weise in seiner Verfassung: Das käme chaotisch heraus.»

Wie denn christliche Werte erhalten?

Ein drittes Argument richtet sich besonders an die Initianten: Ich meine, dass sie sich beim Lancieren dieser Initiative geirrt haben. Weniger in der Diagnose als im Heilmittel: Sie beklagen den «Niedergang christlicher Werte in der Gesellschaft». Den wollen sie aufhalten oder gar rückgängig machen. Wie weit das möglich ist, bleibt offen. Klar ist für die EVP-Kantonsräte aber: Der eingeschlagene Weg eignet sich nicht und könnte dem Anliegen gar einen Bärendienst er-

weisen. Wie kürzlich die CVP-Initiative, welche die Heiratsstrafe im Bundes-Steuerrecht abschaffen wollte: Das Volk hat sie abgelehnt, weil sie mit einer ähnlichen Ehe-Definition gekoppelt war.

Verfassungstext verändert niemanden

Den Initianten ist ans Herz zu legen: Was in der Verfassung steht, verändert niemanden. Veränderung geschieht in den einzelnen Menschen. Sie erfolgt oft aufgrund von Vorbildern. Nur darum, weil die Ehe in der Verfassung definiert wäre, würden die Menschen im Kanton Zürich keine christliche Ehe führen. Einige lassen sich aber durch ansteckende Beispiele in ihrem Umfeld dazu ermuntern.

Darum macht es für die EVP keinen Sinn, Energie und Geld in eine solche Initiative zu stecken. Viel sinnvoller findet sie es, in Menschen zu investieren, die als Christen leben und ansteckende Vorbilder in der Gesellschaft sind.

ANZEIGE

www.sustech.ch

WENN SIE SICH SCHON IM SOMMER AUF DEN WINTER FREUEN...

... dann haben Sie alles richtig gemacht: Neue Heizung, neues Glück! In einer unabhängigen Energieberatung finden wir heraus, welches Heizsystem für Sie optimal ist. Bei einer neuen Heizung profitieren Sie von tieferen Heizkosten, höherer Energieeffizienz und guter Umweltverträglichkeit.

Rufen Sie uns an unter 044 940 74 15

hässig **sustech** Prima Klima

Hunger in Nordkorea
Versorgen Sie ein Kind ein Jahr lang mit Brot, Sojamilch und Liebe für 50 CHF.

AKTION FÜR VERFOLGTE CHRISTEN UND NOTLEIDENDE **AVC**

klare worte. starke taten.

AVC Kurzporträt 1 min.

AVC | steht verfolgten Christen bei
AVC | hilft Notleidenden
AVC | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz

Postkonto 25-11156-1
UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0

Freiwilliger Steuerabzug vom Lohn

Vereinfachter Steuerbezug zur Entlastung der Steuerpflichtigen



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat,
Affoltern a.A.

Mit einer Parlamentarischen Initiative möchte ich erreichen, dass die Steuern auf freiwilliger Basis direkt vom Lohn abgezogen werden können. Dies entlastet die Steuerpflichtigen ebenso wie den Staat.

Ein französischer Staatsmann aus dem 16. Jahrhundert hat einst gesagt, die Kunst der Besteuerung liege darin, die Gans so zu rupfen, dass sie unter möglichst wenig Geschrei so viele Federn wie möglich lässt.

In meiner Initiative «Automatisierter freiwilliger Direktabzug der Steuern vom Lohn» geht es allerdings nur darum, dass der Staat wenigstens

zu jenen Federn kommt, die ihm zustehen. Angesichts der grossen Anzahl von jährlich gegen 70 000 Betreibungen von Steuerschulden allein im Kanton Zürich wird klar, dass es doch eine grosse Anzahl Steuerpflichtige gibt, die beim Eintreffen der Steuerrechnung schon alle ihre Federn anderweitig gelassen haben. In Zahlen bedeutet dies rund 300 Millionen Franken Steuerschulden, die aufwändig und mühsam mit Mahnungen, Zahlungsbefehlen und Betreibungen eingefordert werden müssen.

«Steuerschulden sind das Problem Nummer 1 bei Personen, die mit Schulden zu kämpfen haben.»

Der automatisierte freiwillige Steuerabzug vom Lohn hat zum Ziel, Schulden, Notlagen und administrative Leerläufe aufgrund unbezahlter

Steuern zu vermeiden. Wird die Steuer regelmässig vom Lohn abgezogen, reduziert dies das Risiko einer Überschuldung massiv. Der ausbezahlte Lohn steht dann auch wirklich für eigene Bedürfnisse zur Verfügung. Für die öffentliche Hand bringt eine solche Lösung eine Reduktion des administrativen und finanziellen Aufwandes mit sich. Eine typische Win-Win-Situation. Die Arbeitgeber sollen für ihren Mehraufwand entschädigt werden.

Steuerschulden sind das Problem Nummer 1 bei Personen, die mit Schulden zu kämpfen haben. Ihnen bietet der freiwillige Steuerabzug vom Lohn eine unkomplizierte Möglichkeit, der drohenden Schuldenfalle zu entkommen. Die EVP unterstützt darum diesen Vorschlag.

Ja zum revidierten Nachrichtendienstgesetz (NDG)

Schritt halten mit neuen Bedrohungen



Nik Gugger
EVP-Kantonsrat,
Winterthur

Dem Nachrichtendienst des Bundes, gewissermassen seiner Spionageabteilung, fehlen die Mittel, um aktuelle Bedrohungen der Sicherheit des Landes zu erkennen. Damit er wenn nötig auch in Computer eindringen und die Telekommunikation überwachen kann, braucht es eine neue gesetzliche Grundlage. Ein strenges Genehmigungsverfahren verhindert den Missbrauch der neuen Kontrollrechte.

Findet irgendwo auf der Welt ein Terroranschlag statt, wird dem Geheimdienst von den Medien sofort Versagen vorgeworfen. Das greift entschieden zu kurz. Auch der beste Geheimdienst kann einen Anschlag nicht unter allen Umständen verhindern. Damit er jedoch wenigstens eine faire Chance bekommt, Terrorpläne zu erkennen, braucht er unbedingt auch zeitgemässe Mittel. Dazu gehört zwingend das Eindringen in die digitale Welt. Die im revidierten NDG neu zugelassenen Überwachungsmittel sind alles andere als revolutionär, sie verrin-

gern lediglich den Abstand zur technologischen Aufrüstung von Terrororganisationen.

«Zur Terrorbekämpfung gehört zwingend das Eindringen in die digitale Welt.»

Der Nachrichtendienst darf die neuen Mittel nicht willkürlich einsetzen. Er muss vielmehr in jedem Fall vorgängig eine Bewilligung einholen. Diese wird vom Verteidigungsminister und von einem Richter am Bundesverwaltungsgericht erteilt. Ausserdem wird der Einsatz dieser Mittel von einer Geschäftsprüfungsdelegation und von einer unabhängigen Aufsichtsinstanz kontrolliert.

Dank diesen rechtsstaatlichen Kontrollen muss nicht befürchtet werden, dass der Nachrichtendienst «übermachtet». Wie es bereits jetzt der Fall ist, dürfen Personendaten, die keinen Bezug zur Bedrohungslage aufweisen, nicht verwendet werden. Sie werden vernichtet. Die EVP Schweiz vertraut dem Rechtsstaat. Mit 40 Ja gegen 21 Nein hat sie die JA-Parole zum revidierten NDG gefasst.

BEHÖRDENMITGLIED



Tania Woodhatch
Gemeinderätin im Parlament Kloten

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... mir Menschen, die beruflich den Anschluss verpasst haben, besonders am Herzen liegen und ich mich im Bereich Arbeitsintegration engagieren möchte.
- ... sich die Stärke eines Volkes am Wohl der Schwachen misst und ich auf diese Weise die Möglichkeit habe, mich für ihre Anliegen einzusetzen.
- ... es mir wichtig ist, die Zukunft unserer Stadt positiv, nachhaltig und hoffnungsvoll mitzuprägen.
- ... es in einem Klima der Angst wichtig ist, dass Werte wie Solidarität, Empathie und Nachhaltigkeit in der Politik durch uns Christen vorgelebt werden.

Sparen am falschen Ort

EVP gegen die Reduktion der Berufsvorbereitungsjahre!



Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonsrat und
Schulpräsident,
Pfäffikon ZH

Berufsvorbereitungsjahre sind eine gute Sache. Das 10. Schuljahr ist eine wichtige Brücke zwischen Schule und Lehre und ermöglicht einen gelingenden Übergang von der Sekundarschule in die Berufslehre. Umso mehr erstaunt das Ansinnen der FDP, das Angebot der Berufsvorbereitungsjahre zu reduzieren. Das im Kantonsrat eingereichte Postulat zeigt, wie kurzfristig parlamentarische Sparvorschläge sein können, wenn Kantonsratsmitgliedern der Bezug zum aktuellen Schulalltag fehlt.

Erstaunlich ist dabei auch die Argumentation der Postulanten, das Berufsvorbereitungsjahr solle nicht als 10. Schuljahr genutzt werden. Ja, wofür denn dann? In der Tat haben die Berufsvorbereitungsjahre auch gerade eine wichtige Funktion als 10. Schuljahr für Schülerinnen und Schüler, die noch nicht reif genug sind für die Berufswahl. Statt ohne Lehrstelle nach der obligatorischen Schulzeit in der Arbeitslosigkeit zu stranden, können sie im Berufsvorbereitungsjahr ihre Mankos ausbügeln, spezifisches Berufswissen erlernen und die Berufswahl ein Jahr später erfolgreich meistern.

Das Berufsvorbereitungsjahr ist ein wichtiges Element unseres Erfolgsmodells der dualen Berufsbildung und trägt entscheidend zur tiefen Jugendarbeitslosigkeit bei. Wieso dieses Erfolgsmodell gerade in Jahren gefährdet werden soll, in denen Schulabgängerinnen und -abgänger wegen der jedes Jahr früheren Einschulung immer jünger werden – und in manchen Fällen definitiv zu jung für eine Berufslehre sind – ist



Längst nicht alle Jugendlichen sind mit 15 schon reif für die Berufswahl

mir schleierhaft. Wir können unsere Kinder nicht immer früher einschulen und dann meinen, sie seien im zarten Alter von 15 Jahren schon alle fit für die herausfordernde Lehrberufswelt!

Zudem gibt es wohl für Jugendliche keinen schlechteren Start in die Berufswelt, als schon nach der Sekundarschule arbeitslos zu sein und das Gefühl zu erhalten, man werde nicht gebraucht. Nur allzu oft «stürzen» solche Jugendliche «ab» und beziehen in der Folge jahrelang Sozialhilfe, die ein Mehrfaches der Kosten eines Berufsvorbereitungsjahres ausmacht. Damit wird der «Sparvorschlag» zum Bumerang und steht exemplarisch für eine Reihe von entsprechenden Sparmassnahmen, für die wir als EVP-Kantonsräte nur eine Bezeichnung übrig haben: «Teuer sparen».

Die EVP empfindet dieses Postulat als absolut falsches Signal – es zeigt unserer Meinung nach auch eine grosse Unkenntnis der Situation.

- Unsere Sekundarschulen benötigen ein Angebot für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden – denn ein grösserer Lehrstellenmarkt

bedeutet nicht, dass alle eine Anschlusslösung finden. Vor allem auch die Jugendlichen mit einer späten Einreise in die Schweiz sind gefährdet.

- Wir brauchen ein gutes Angebot von Berufsvorbereitungsjahren, das Jugendliche davor bewahrt, schon mit 15 Jahren in die Jugendarbeitslosigkeit abzustürzen.
- Wir brauchen entsprechende Schulen, die auch weiterhin einen ausgezeichneten Leistungsausweis erbringen, so dass die allermeisten Absolventinnen und Absolventen nachher erfolgreich eine Lehre bestehen.

Der EVP ist es ein grosses Anliegen, dass möglichst alle Jugendlichen nach ihrer Sekundarschulzeit einen nahtlosen Übergang in die Berufsbildung schaffen. Sie lehnt daher eine Reduktion des Angebots der Berufsvorbereitungsjahre entschieden ab. Leider wurde das Postulat durch eine bürgerliche Kantonsratsmehrheit an die Regierung überwiesen. Die EVP wird den Fortgang dieses Vorstosses weiter verfolgen und sich konsequent gegen jede Reduktion des Angebots von Berufsvorbereitungsjahren wehren.

ANZEIGE



SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN




Sie können helfen!

www.mercyships.ch
PC 10-17304-3



Walk for Freedom

Erika und Daniel Rosshuber engagieren sich gegen Menschenhandel



Peter Reinhard
EVP-Kantonsrat
Kloten

Am 15. Oktober 2016 findet zum 3. Mal ein «Walk for Freedom» statt. Erstmals auch in der Schweiz, in Zürich. Daniel und Erika Rosshuber haben den Walk mit viel Einsatz und Freude vorbereitet. Schritt um Schritt soll die moderne Sklaverei bekämpft und abgeschafft werden. Es geht um die Freiheit von 27 Millionen Menschen.

Moderne Sklaverei ist weit verbreitet, in der Arbeitswelt, in der Prostitution und in vielen anderen Bereichen. Ja, es gibt ihn nach wie vor, der Menschenhandel ist gang und gäbe. Rund 27 Mio. Frauen, Männer und Kinder sind davon betroffen.

«Als Christen müssen wir aktiv gegen Sklaverei eintreten und auch etwas dafür tun.»

Im Restaurant ConCordia in Winterthur habe ich Erika und Daniel Rosshuber erstmals getroffen, um sie von den Vorteilen einer Mitgliedschaft bei der EVP zu überzeugen. Im Gespräch kamen die beiden aber auch rasch auf Walk for Freedom zu sprechen. Sie haben diesen Walk selber vorbereitet, er wird am Samstag, 15. Oktober 2016, in Zürich (Besammlung um 12 Uhr auf dem Helvetiaplatz) stattfinden. Die Bewilligung von der Stadt ist bereits eingetroffen, die EVP wurde als Referenz angegeben. Erika Rosshuber, Betreuerin im Wohnheim der Heilsarmee in Winterthur, findet es «unhaltbar und für Christen nicht akzeptabel», dass in der heutigen Zeit überhaupt noch Menschenhandel stattfindet. Dem stimmt auch ihr Mann Daniel



Daniel und Erika Rosshuber kämpfen gegen Sklaverei

Rosshuber zu, welcher ein Engineering-Unternehmen für Planung und Integration und eine sinnvolle Vernetzung der Haustechnik führt. Er meint: «Als Christen müssen wir aktiv gegen Sklaverei eintreten und auch etwas dafür tun.»

Walk for Freedom wird am 15. Oktober 2016 zum dritten Mal durchgeführt. Und dank Rosshubers erstmals auch in Zürich. Es ist herzerwogend, wie die beiden ohne jede Vorkenntnis, aber dafür aus fester Überzeugung den Walk vorbereitet haben und nun auch durchführen. Neben Zürich, Sydney, Madrid, Kapstadt, einer Stadt in Kalifornien und weiteren Städten findet der Walk for Freedom weltweit in 28 Ländern statt. «Wir wollen Aufmerksamkeit gegen den Menschenhandel erreichen», meint Daniel Rosshuber. Zudem soll die nationale Meldestelle «Act 212» bekannt gemacht werden, weil dort Vorkommnisse bezüglich Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung gemeldet werden können. Es soll auch 1 Mio. Dollar gesammelt werden. So können 2000 Menschen aus der Sklaverei befreit werden. «Helfen ist gut, aber

es genügt nicht. Letztlich soll die Sklaverei ganz abgeschafft werden», meint Erika Rosshuber. Am Walk for Freedom laufen Frauen und Männer in schwarzer Kleidung mit. Gezielt werden Flyer an Passantinnen und Passanten abgegeben, welche auf die menschenunwürdigen Zustände hinweisen. Dabei gehe es nicht um missionarischen Eifer, meint Daniel Rosshuber, sondern um die Demonstration, dass Christen solches nicht einfach hinnehmen.

Mit ihrem Kampf gegen die moderne Sklaverei wollen Rosshubers für Freiheit und Gerechtigkeit eintreten. Sie geben damit ihrer christlichen Überzeugung Ausdruck, dass zum Christsein der Kampf für unterdrückte Menschen gehört. Man glaubt ihnen diese Überzeugung. Und die EVP unterstützt solches natürlich gerne, denn dies entspricht auch ihrer eigenen langjährigen Politik.

Anmelden für den Walk kann man sich unter: www.A21.org/walk

VORSTÖSSE IM KANTONSRAT

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Crystal Meth (2016 086)

Markus Schaaf, Gerhard Fischer und Hanspeter Hugentobler erkundigen sich nach der Entwicklung bei der Billig-Droge «Crystal Meth» und verlangen Massnahmen gegen die suchtabhängig machende Droge.

Religion und Kultur (2016 112)

Hanspeter Hugentobler, Nik Gugger und Markus Schaaf fordern, dass am Untergymnasium «Religion und Kultur» Pflichtfach ist.

Hungerlöhne (2016 131)

Daniel Sommer wehrt sich gegen mutmassliche Hungerlöhne im Detailhandel und im Maschinenbau und fordert die Regierung auf, aktiv zu werden.

Holzsznelheizung (2016 151)

Gerhard Fischer verlangt für das Justizvollzugszentrum Bachtel eine Holzheizung und den Verzicht auf eine Ölheizung, was die Regierung im Grundsatz bejaht.

Sicherheit im Rathaus (2016 160)

Hanspeter Hugentobler, Markus Schaaf und Peter Reinhard verlangen gesetzeskonforme Not-Fluchtwege und eine sichere Evakuierung von Regierung und Parlament im Katastrophenfall. Heute müssten die Betroffenen aus dem Fenster in die Limmat springen.

Quellensteuer-Administration (2016 201)

Daniel Sommer fordert eine KMU-freundliche Quellensteuer-Administration mit weniger Aufwand.

Sommerfest der EVP Winterthur

Walter Kienast ist Ehrenmitglied der EVP Winterthur



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsidentin im Grossen Gemeinderat Winterthur

Die EVP Winterthur feierte vor den Sommerferien ihr traditionelles Fest und ernannte ihr erstes Ehrenmitglied.

Anfangs Juli lud die EVP der Stadt Winterthur zum traditionellen Sommerfest ein. Nur der Sommer hielt sich leider an diesem Abend fern! Trotzdem fanden sich in der Freizeitanlage Holzlegi in Wülflingen rund 50 Kinder und Erwachsene ein. Beim gemeinsamen Essen, bei Gesprächen und Spielen konnten Bekanntschaften aufgefrischt oder neu geschlossen werden. Wie das bei politisch interessierten Leuten so ist, wurde auch manches aktuelle Thema der (städtischen) Politik diskutiert und verhandelt. Immerhin waren ja auch alle aktiven Mitglieder des Gemeinderates, der Kantonsratsvertreter und die Nationalrätin der EVP Winterthur unter den Gästen.

Höhepunkt des Abends war die Ernennung des ehemaligen Parteipräsidenten Walter Kienast zum ersten Ehrenmitglied der Stadtpartei. Grund der Ehrung war sein Rücktritt aus dem Parteivorstand, womit er sein letztes offizielles Amt in der EVP niedergelegt hat. Insgesamt war er 42 Jahre im Vorstand der Stadtpartei, davon 19 Jahre als Präsident und 10 Jahre im Gemeinderat. Walter Kienast ist ein EVP-Urgestein, ohne das die Winterthurer Stadtpartei kaum vorstellbar ist und dem die Partei viel zu verdanken hat. Dass er jetzt etwas kürzer treten



Barbara Günthard Fitze, Ehrenmitglied Walter Kienast sowie Nik Gugger und Maja Ingold feiern

will, ist verständlich. Ganz sicher wird er aber weiterhin mit Rat und Tat aktiv mithelfen, wo es gerade nötig ist. Anstatt dem Ehrenmitglied einen Pokal oder eine Urkunde zu überreichen, wurde ihm eine Blachentasche mit dem EVP-Logo und den Unterschriften aller Anwesenden übergeben. So wird er weiterhin als EVP-Botschafter mit Worten und Tasche unterwegs sein.

Auch der Landbote, die Winterthurer Lokalzeitung, würdigte das Wirken von Walter Kienast mit einem wohlwollenden Artikel.

Das Sommerfest war ein rundum gelungener Anlass, der die EVP-Gemeinschaft gestärkt in die weitere politische Zukunft gehen lässt.

STATEMENT



Walter Meier

EVP-Kantonsrat, Uster

«Die Ehe ist für Mann und Frau reserviert und die registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Eine eigene, unterschiedliche Regelung in jedem Kanton ergibt ein Chaos. Das Eherecht soll deshalb weiterhin vom Bund geregelt werden.»

Walter Meier im Kantonsrat zur VI «Schutz der Ehe».

EVP Stadt Zürich

Flüchtlinge – wir schaffen das!



Adrian Wenziker
EVP-Gemeinderatskandidat, Zürich Kreis 9

Die Stadt Zürich setzt sich zur Freude der EVP erfolgreich für Flüchtlinge ein.

«Wir schaffen das!» Angela Merkel hat damit wohl die bedeutendste Aussage zur aktuellen Flüchtlingsherausforderung gemacht. Dafür hat sie meine volle Zustimmung. Was wird alles möglich, wenn wir etwas von Herzen wollen und bereit sind, etwas dafür zu tun? Es können Berge versetzt werden, wenn wir an Veränderung glauben!

In Zürich gelingt es, die vom Bund zugeteilten rund 3000 Flüchtlinge unterzubringen. Die Schule integriert rund 500 teils traumatisierte Kinder. Jungen Asylsuchenden werden Kurse zur Vorbereitung aufs Berufsleben ermöglicht, obschon der Bund solche Integrationsmassnahmen erst nach positivem Bleibeentscheid unterstützt. Das zivile Engagement von Einzelpersonen und Institutionen wird aktiv gefördert.

Mutiges Handeln im Bereich der Mitmenschlichkeit zahlt sich aus, auf die Länge sogar wirtschaftlich. Ich möchte mit der EVP den Zürcher Stadtrat unterstützen, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Wir schaffen das!

Warmwasser aus Öl? Werner Hässig weist weiter

EVP-Mitglied aus Uster engagiert sich beruflich und kirchlich fürs Klima



Arthur Phildius
Volkswil

Werner Hässig sieht sich als Förderer von erneuerbarer Energie berufen. So engagiert er sich als Geschäftsinhaber, politisch und in der SEA-Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt für das Klima.

Für Werner Hässig ist Heizöl ein Auslaufmodell. Es gebe sehr gute Alternativen. Er will Treibhausgase vermindern und den Klimawandel bremsen. Öl- und Gasheizungen sollen aus den Gebäuden verbannt werden. Dafür sorgt seit 2006 seine Firma Sustech GmbH. Sie berät in Sachen Energie, plant Heizungen, Lüftungen, Solaranlagen usw. für möglichst energieeffiziente Gebäude. Sein Motto: «Freude an schönem Wohnen mit dem Tragen von Verantwortung für nachfolgende Generationen und für die Schöpfung verbinden». «Sustech» kürzt «sustainable technology» ab: nachhaltige Technologie.

Erste Ölkrise prägte ihn

Schon mit 14 Jahren, zur Zeit der ersten Ölkrise, bewegte ihn die Sorge über die Umweltzerstörung. Nach seinem Maschinenbau-Dokortitel war er 15 Jahre angestellter Gebäudetechnikplaner. Da die Ingenieurfirma weniger Gewicht auf gute Energiekonzepte legte, wagte er als 47-Jähriger mit Gattin Cornelia die Selbstständigkeit.

Die Überseeische Missionsgemeinschaft (ÜMG) eröffnete 2014 in Uster ein Wohn- und Geschäftshaus. Die Vorzeige-Haustechnik der Mieterin Sustech nutzt Sonnenkraft für Strom



An seinem Geschäftssitz in Uster hat Werner Hässig zukunftsweisende Haustechnik realisiert

und Warmwasser; Speichertanks halten es warm. Erdsonden heizen oder kühlen via Wärmepumpe, je nach Bedarf. Das Signal sei: «Dass man heute schon Energie-Selbstversorger sein kann; es ist bezahlbar und bietet guten Komfort.» Unerwartet tiefe Energiewerte lassen zudem Baufachleute aufhorchen.

Christliche Anlässe: fairer und nachhaltiger

Als die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) 2007 die Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt (AKU) gründete, wurde er als erster Präsident gewählt. Er führte mehrere Klimatagungen durch. Acht Fachleute beraten Organisatoren christlicher Grossanlässe, Kirchen und Werke. Die AKU möchte Umwelthanliegen in christlichen Gemeinden angehen. «Wir sollten Ressourcen so behandeln, dass spätere

Generationen kein Problem haben. Aus Nächstenliebe statt Selbstsucht.» Viele Christen sähen die Klimafrage zwar «als ernstes Problem», wollten aber ihren Lebensstil nicht ändern. Auch die EVP könnte noch mehr tun gegen den CO₂-Ausstoss. Die Energie sollte man hier produzieren, das würde mehr Arbeitsplätze schaffen, ist sein Credo.

ZUR PERSON

Werner Hässig, 1959
verheiratet mit Cornelia
Inhaber der Sustech GmbH, Uster
Präsident der SEA-Arbeitsgemeinschaft
Klima, Energie und Umwelt (AKU)

EVP-Wettbewerb – Gewinnen Sie

Als Preis winkt ein Nachtessen im **ConCordia**, Winterthur, für 2 Personen:

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Was sagt die EVP-Kantonsratsfraktion zu einem kantonalen Ehebegriff? (Seite 4)

Frage 2: Welche Partei wehrt sich gegen falsches Sparen an Schulen? (Seite 6)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):

ConCordia
GUT & GERNE

Gewinnerin
Ausgabe Nr. 143:
Rosmarie Wohler, Stäfa

Einsendeschluss:
Ende September 2016

Senden an: EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpzh.ch

Wussten Sie...

- ... dass zur Heimstätte Rämismühle ein Hotelbetrieb mit 50 Betten in zwei Komfortkategorien gehört?
- ... dass wir über mehrere Seminarräume mit moderner Infrastruktur verfügen?
- ... dass wir gerne Einzelgäste, Ehepaare und ganze Gruppen beherbergen?
- ... dass wir unsere Häuser mit Solarenergie und Holzschnitzel heizen?
- ... dass die Heimstätte Rämismühle vor über 125 Jahren von zwei Pionierinnen begonnen wurde - und bis heute jung geblieben ist?

- Wohnen im Alter
- Hotel / Bankette / Feiern
- Seminare / Konferenzen
- Gruppenhaus

Heimstätte Rämismühle
 Mühlestrasse 8
 CH-8487 Rämismühle
 Telefon 052 396 44 44
 heimstaette@raemismuehle.ch
 http://www.raemismuehle.ch

ConCordia

GUT & GERNE

**Unser Last Minute-Angebot für Daheimgebliebene:
Kulinarischer Kurzurlaub im ConCordia**

Mittags-
Buffet ab
CHF 17.-

**Frühbucher-Angebot für Weihnachtsessen:
Menüs ab CHF 60.- pro Person. Reservieren Sie jetzt!**

Feldstrasse 2, 8400 Winterthur • Tel. +41 52 517 12 34 • www.con-cordia.ch

Sponsoren gesucht!

Evangelische Bibelschule sucht Sponsoren, um ihre Instrumente wie Klavier, Flügel und Harmonium zu Reparieren bez. zu stimmen.

Weitere Auskünfte bei Toni Bottinelli
 Tel. 044 272 61 19 oder Natel 079 678 20 32

Wahrhafte Qualität.

daniel sommer holzwerkstatt
 8911 Rifferswil • sommerholz.ch

Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.

Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch

SEI DABEI!

A21
WALK FOR FREEDOM

IDEEN MÜSSTE MAN HABEN

ODER EINE WERBEAGENTUR MIT VISIONEN.

p+swerbung

P+S Werbung AG 8184 Bachenbülach Tel. 044 864 40 40 www.pswerbung.ch

BGJ³²

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch

Walter Kienast
 Marktgasse 66
 8400 Winterthur
 Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch

gndruck ag
 good news druck

Offsetdruck
Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
 8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch

Die *jevz bringt ihre Anliegen in den Kantonsrat ein

Erfolgreicher Abstimmungs-*Apéro* in der FEG Kloten



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter, Richterswil

Die Junge EVP *jevz wurde von der Kantonsratsfraktion ins Rathaus und an die Fraktionssitzung eingeladen. Der Austausch über die Generationen ist der Partei sehr wichtig.

Am 13. Juni war die *jevz ZH zu Besuch im Kantonsrat. Nach einer interessanten Führung durften die Jungpolitiker dem Geschehen im Ratssaal zuhören und diesem zusehen. Einige von ihnen könnten sich gut vorstellen, in Zukunft auch für den Kantonsrat zu kandidieren und so Mitverantwortung zu übernehmen. Unterstützung von der Mutterpartei erhält die *jevz ZH uneingeschränkt. Nach dem Besuch im Rathaus waren alle zum Mittagessen und zur

Fraktionssitzung eingeladen und durften auch an den Beratungen teilnehmen. Fragen und Anregungen waren natürlich sehr willkommen.

An der Sitzung hat Dominic Täubert, aktiver *jevzler und Vorstandsmitglied des Jugendparlaments Kanton Zürich, den Verein vorgestellt. Ziel ist es, bis ins Jahr 2018 eine Jugendsession durchzuführen, um den Zürcher Jugendlichen einen vertieften Einblick in die Arbeit unserer Parlamentarier zu ermöglichen und die Interessen der Jugend in die politische Diskussion einzubringen. Die Unterstützung der Mutterpartei jedenfalls ist sicher. Kantonsrat und Fraktionspräsident Peter Reinhard hat den entsprechenden Vorstoss mitunterzeichnet.

Lohnungleichheit in der Verfassung seit 1981

35 Jahre Gleichstellungsgesetz und immer noch ungleich!



Christina Furrer
Sekundarlehrerin und Betriebsökonomin, EVP Bezirk Andelfingen, Henggart

Über dreissig Jahre nach der Verankerung in der Bundesverfassung ist die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann noch immer nicht erreicht. Der Lohnunterschied ist im öffentlichen Sektor geringer als jener im privaten Sektor.

«Weiblich darf nicht weniger wert sein» hiess eine Kampagne der Frauenzentrale, in der sie auf eine augenzwinkernde Art auf die Lohnunterschiede aufmerksam machte. Eine Lohn Differenz von knapp 19% wird teilweise durch die überproportionale Vertretung der Frauen als Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen und dem geringeren Ausbildungsniveau vor allem älterer Frauen erklärt. Dazu kommen Teilzeitarbeit und familienbedingte Unterbrüche der



© dreamstime

Wann erreichen Frauen den gleichen Lohn?

Erwerbstätigkeit, die sich nachteilig auf die Anzahl Dienstjahre auswirken können. Trotzdem bleibt nach Berücksichtigung struktureller Faktoren ein Lohnunterschied bestehen. Mehr als ein Drittel des Lohnunterschieds lässt sich nicht schlüssig erklären und ist diskriminierend. Bereits beim Eintritt ins Erwerbsleben verdienen junge Frauen trotz gleich guter Qualifikation und im selben Beruf weniger als ihre Kollegen.

Die Lohnungleichheit hat Langzeitfolgen, was viele Frauen nicht bedenken. Laut einer Studie erhalten Frauen bis zu einem Drittel weniger Pension als Männer. Darum ist es wichtig, dass Frauen berufstätig bleiben können und eine bezahlbare Kinderbetreuung zur Verfügung steht. Benachteiligte Frauen könnten klagen, doch das ist ein unangenehmes und langwieriges Unterfangen.

ANZEIGE

Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Latin Link
COMMUNITY WITH A CALLING

latinlink.ch
facebook.com/latinlinkswitzerland

Einsätze 6 - 24 Monate in Lateinamerika

Anmeldung bis 25.9.2016 für Einsätze ab Frühling 2017

AGENDA

Meditation des Tanzes

17. September 2016, 14.00 – 17.00 Uhr
 Alterssiedlung Kempton, Wetzikon,
 mit Ursi Cossalter

Abstimmungen

25. September 2016

Senioren-Nachmittag

2. November 2016, 14.00 – 16.00 Uhr
 Zürich, Kirchgemeindehaus St. Peter

Frauentagung

5. November 2016, 9.15 – 17.00 Uhr
 Vorwärtskommen in Politik und Arbeitswelt
 Zürich, Universität, zh@frauenzentrale.ch

Sozialer Stadtrundgang

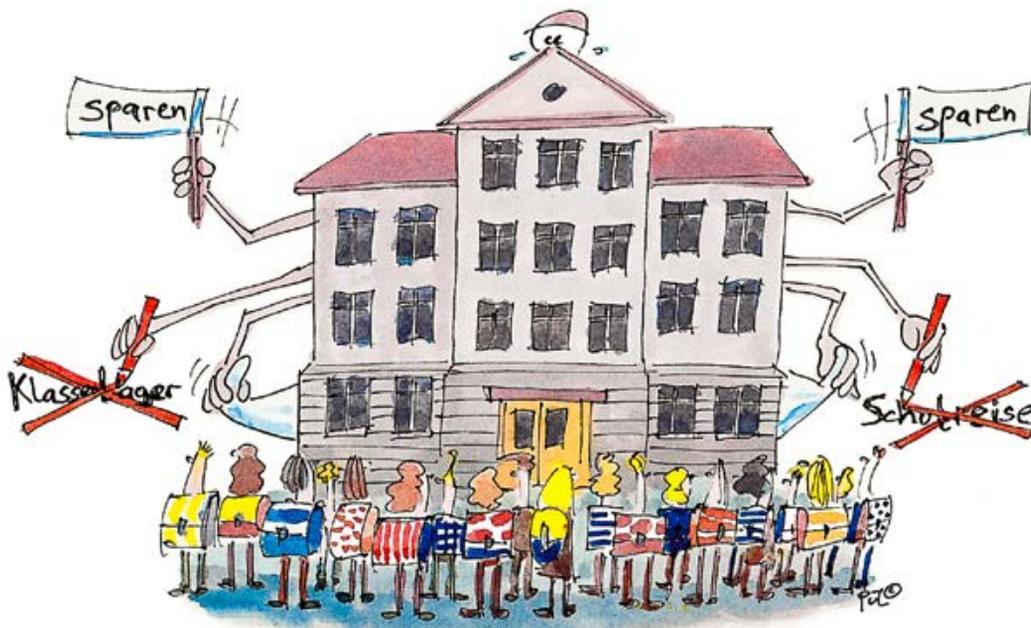
17. November 2016, 18.00 Uhr
 Zürich, ab Rathaus

Abstimmungen

27. November 2016

Weitere Details: www.evpzh.ch (Termine),
 sekretariat@evpzh.ch, Tel 044 271 43 02

CARTOON



Sparen bei der Bildung verbaut unserer Jugend die Zukunft.
 Da macht die EVP nicht mit.

PAROLEN

Abstimmungen vom 25. September 2016

Bund

JA VI «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

NEIN VI «AHV Plus: für eine starke AHV»

JA Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (NDG)

Kanton

JA VI «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

WERDEN SIE MITGLIED BEI DER EVP

Durch Ihre Mitgliedschaft in der EVP oder *jevpe unterstützen Sie eine sachbezogene Politik auf christlicher Basis. Gestalten Sie die Zukunft unseres Landes mit. Wir brauchen Sie. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns. Danke!

044 271 43 02

sekretariat@evpzh.ch

www.evpzh.ch

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Arthur Phildius (aph), Volketswil, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Christina Furrer, Henggart, Nik Gugger, Winterthur, Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon, Maja Ingold, Winterthur, Tobias Mani, Au-Wädenswil, Walter Meier, Uster, Claudia Rabelbauer, Zürich, Daniel Sommer, Affoltern a.A., Adrian Wenziker, Zürich. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVO Pa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. Abonnement: Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Postkonto: 87-467939-4. **Auflage:** Druck: 39 700 Ex.; WEMF-beglaubigt: 41 995 Ex. **Erscheinungsweise:** 4x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.

